

Europäische Wirtschaftspolitik in der Krise

Claus Schäfer/Achim Truger

Europa ist in einer ökonomischen Krise – nicht zuletzt wegen der Nachwirkungen der Turbulenzen und Strukturprobleme auf den internationalen Finanzmärkten. Aber Europa ist auch in einer politischen Krise, weil sich Politik und Öffentlichkeit in den letzten Jahren immer weniger an die Ursprungsidee eines vereinten Europas als politisches Projekt erinnern haben. Wäre im gesellschaftlichen Bewusstsein präsent geblieben, dass die Europäische Union (EU) – in welchen Grenzen auch immer – viel mehr sein sollte als eine ökonomische Freihandelszone, die sie weitgehend geworden und geblieben ist, so hätte man schon lange die notwendigen umfassenden Reformen auf den Weg gebracht.

Denn von Anfang der europäischen Vereinigung an – und erst recht im Zuge der EU-Erweiterungen – war erkennbar, dass eine relative Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zwischen den altindustriellen Kernländern und einigen Randländern nicht bestand bzw. die Differenzen auf Dauer zum Sprengsatz werden könnten. Auf nationaler Ebene ist uns das vertraut: Das deutsche Grundgesetz trägt dem implizit Rechnung, indem Ausgleichsmechanismen erdacht und umgesetzt worden sind (Föderalismus, Finanzausgleich, Industrie- und Strukturpolitik usw.), auch wenn deren Ergebnisse – wie z.B. am Gefälle zwischen alten und neuen Bundesländern ablesbar – bis heute nicht immer befriedigen. Wie aber konnte und wollte man ernsthaft annehmen, dass die Differenzen zwischen z.B. Griechenland und Deutschland auf Dauer „von selbst“ verschwinden oder irrelevant werden? Und trotzdem wurden solche Fragen aufgrund des dominierenden marktradikalen wirtschaftstheoretischen wie wirtschaftspolitischen Grundverständnisses verdrängt. Die Probleme sind heute offenkundig; die nun verfolgten Reformansätze kranken am selben mangelhaften Grundverständnis.

Mit Beginn der späteren Europäischen Währungsunion war ebenfalls klar, dass eine einheitliche EU-Geldpolitik bei den immer noch sehr unterschiedlichen nationalen Ausgangsstrukturen differierende Realzinsen erzeugen würde, die schon deshalb eine flankierende einheitliche oder koordinierte Fiskalpolitik, Strukturpolitik usw. erfordert hätte – selbst wenn die Europäische Zentralbank nicht nur auf Geldwertstabilität verpflichtet worden wäre. Dass sich zusätzlich die nominalen Lohnstückkosten vor allem wegen der deutschen „Lohnmoderation“ so weit auseinanderentwickelt haben und in einem einheitlichen Währungsraum nicht mehr durch Wechselkursanpassungen ausgeglichen werden können, verschärft die Probleme und verweist auf die Notwendigkeit alternativer Ausgleichsmechanismen.

Spätestens die globale Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2008 als Ausfluss jahrzehntelanger marktgläubiger Deregulierungs- und Umverteilungsprozesse hat gezeigt, dass die wegen der angesprochenen Versäumnisse bestehenden Ungleichgewichte in der EU das Einfallstor für weitere Divergenzen sind – und vielleicht für das Ende der ökonomischen Union, bevor die politische

Union ausreichend mit Leben gefüllt werden kann. So werden weiterhin durch ungebremschte Spekulation die Schuldendienstlasten einzelner Länder immer höher getrieben und gleichzeitig Ausgleichsmechanismen in Form europäischer Rettungsschirme erzwungen, die den meist institutionellen Gläubigern von Staatsschuldtiteln die erhöhten Zinsen garantieren, während die betroffenen Staaten und deren Gesellschaften durch Austeritätspolitik in tiefe wirtschaftliche und soziale Krisen stürzen.

Daher muss nun endlich ein ökonomisch rationales und sozial tragfähiges wirtschaftspolitisches Rahmenwerk für die EU, insbesondere aber die Europäische Währungsunion, implementiert werden, das weit über teilweise auch notwendige nationale Strukturanpassungen (wie etwa eine funktionierende Steuereintreibung auch bei den wohlhabenden Steuerpflichtigen in Griechenland) hinausreicht. In ein solches Rahmenwerk gehören: eine europäische Wirtschaftspolitik, die nicht nur negativ durch Verbote integriert, sondern auch über lediglich wenig verbindliche Absprachen in der positiven Koordination hinauskommt und entsprechende Mittel zur effektiven Umsetzung hat: zum Beispiel durch eine zusätzliche EU-eigene Einnahmequelle, die mit einer Finanztransaktionssteuer starten könnte, oder durch europäische Staatsanleihen. Ferner: eine reformierte Europäische Zentralbank, die wie die Notenbanken in den USA und andernorts auch auf eine hohe Beschäftigung als Ziel verpflichtet wird, die sich auch im Management der Staatsschulden betätigen kann und so die nationale Schuldenlast erleichtert, anstatt sie zum Spielball von Spekulation und Rating-Agenturen zu machen.

Mit solchen und anderen notwendigen Veränderungen in der Europäischen Union und den ihnen zugrunde liegenden Problemen setzen sich die Beiträge im vorliegenden Heft auseinander. Sie werden ergänzt durch einen Beitrag mit Blick auf die süd- und osteuropäischen Länder außerhalb der EU. Nicht nur, weil sie teilweise zukünftige Mitgliedskandidaten für die EU sind, sondern auch, weil noch nicht einmal die EU eine Insel ist.

Bei den Autorinnen und Autoren des Schwerpunktheftes handelt es sich um international namhafte Ökonominen und Ökonomen, die der häufig extrem verengten deutschen Sichtweise auf die Krise Europas einiges entgegenzusetzen haben.

Konzept und Koordination des Schwerpunktheftes:

Claus Schäfer, Dr., Leiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.
Arbeitsschwerpunkt: Verteilungsanalyse von Einkommen und Lebenslagen.

e-mail: claus-schaefer@boeckler.de

Achim Truger, Dr., Wissenschaftler im Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) in der Hans-Böckler-Stiftung.
Arbeitsschwerpunkt: Steuer- und Finanzpolitik.

e-mail: achim-truger@boeckler.de